

SVP Klartext



Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Juni 2025

«Bern» als
Asyl-Reisebüro?



Seite 4

Nein zur
Individual-
besteuerung!



Seite 7

Die Geister-Steuer
gehört
abgeschafft!



Seite 13

Zuwanderung auf gefährlichem Höchststand – Migrationsbombe tickt



Die Schweizerinnen und Schweizer wehren sich

Auch verschiedene Abstimmungen zeigen: Die Schweizer Bevölkerung hat genug von der Multikulti-Politik der anderen Parteien.

Am 18. Mai fanden verschiedene Abstimmungen in Kantonen und Gemeinden statt. Und es zeigt sich: Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger beginnen, sich zu wehren. Zum Beispiel in der Schwyzer Gemeinde Muotathal. **Dort wollte man ein altes Schulhaus für Asylanten umnutzen.** 86 Prozent der Stimmbewohner sagten Nein. Die Leute haben genug vom Asylchaos, das der zuständige Bundesrat Jans (SP) anrichtet.

Auch im Bezirk Küssnacht zeigte die Stimmbewohner die rote Karte. Dort wollte man für 7,3 Millionen Franken ein neues «Asylhotel» bauen. Gut, wehren sich die Leute. Es kann nicht sein, dass einfach weiter Asilmigranten aus der ganzen Welt in die Gemeinden verteilt werden mit all den verbundenen Kosten und Problemen.

Im Kanton St. Gallen lehnte die Stimmbewohner den neuen Finanzausgleich

ab. Die Stadt St. Gallen wollte noch mehr Millionen Steuergelder. Alle anderen Parteien waren dafür. **Nur die SVP bekämpfte die Vorlage:** Man dürfe die linksgrüne Stadtregierung nicht noch belohnen für ihre Verschwendung von Steuergeldern. SVP-Fraktionschef Sascha Schmid sprach Klartext: «Wir erwarten, dass die Stadt St. Gallen ihre finanziellen Probleme selbst in den Griff kriegt.» Also spart!

Interessant war auch die Abstimmung im Thurgauer Städtchen Weinfelden. Die Bevölkerung sagte **Nein zu einem Spezialfriedhof für Muslime** auf dem allgemeinen Friedhof.

Somit setzt sich der Trend weiter fort: Die Bevölkerung stärkt die SVP nicht nur bei den Wahlen, sondern auch bei

Abstimmungen. Sie hat genug von der Multikulti-Politik der anderen Parteien zu Lasten der eigenen Bevölkerung.

Und Bundesrat Jans? Er feiert demonstrativ Ramadan und sagt, der Islam gehöre zur Schweiz. Statt die Gunst der Stunde zu nutzen und zusammen mit Deutschland die illegale Migration an den Grenzen zu stoppen, setzt er seine Larifari-Asylpolitik fort. Jans gefährdet die Sicherheit der eigenen Bevölkerung.

Marcel Dettling

Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz



Die Schutzklausel-Lüge von Beat Jans

Laut Bundesrat soll es möglich sein, die Massenzuwanderung trotz EU-Anbindungsvertrag zu drosseln. Das ist eine freche Unwahrheit. Eine solche Massnahme würde garantiert am Bundesgericht scheitern.



Von Thomas Matter,
Unternehmer und
Nationalrat, Meilen (ZH)

Die Angst geht um in der Bundesverwaltung. Allerdings nicht vor verstopften Strassen, überfüllten Zügen oder der gegenwärtigen Wohnungsnot. Sondern die Angst vor der SVP-Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»

Um diese Initiative zu bekämpfen, ist der Bundesratsmehrheit jedes Mittel recht. Darum hat der zuständige SP-Bundesrat Beat Jans unlängst verkündet, wie die Landesregierung dem Dichtestress in der Schweiz entgegenwirken will. In «Notsituationen» soll der Bundesrat eine «Schutzklausel» gegen die Migration aus dem EU-Raum «prüfen» können.

Es handelt sich also noch nicht einmal um einen Auftrag, sondern um die lächerliche allfällige Prüfung durch einen ohnehin EU-devoten Bundesrat.

EU-Personenfreizügigkeit steht generell über Schweizer Gesetzen

In Wahrheit gäbe es bei der Personenfreizügigkeit seit 23 Jahren eine Schutzklausel, doch hat der Bundesrat diese trotz enormen Zuwanderungszahlen nie angerufen. Warum sollte das in Zukunft anders sein?

Bundesrat Beat Jans nennt diese Schutzklausel einen «Feuerlöscher». Was er aber verschweigt, ist die Tatsache, dass er nie zu diesem Feuerlöscher greifen wird. Denn bekanntlich hat das

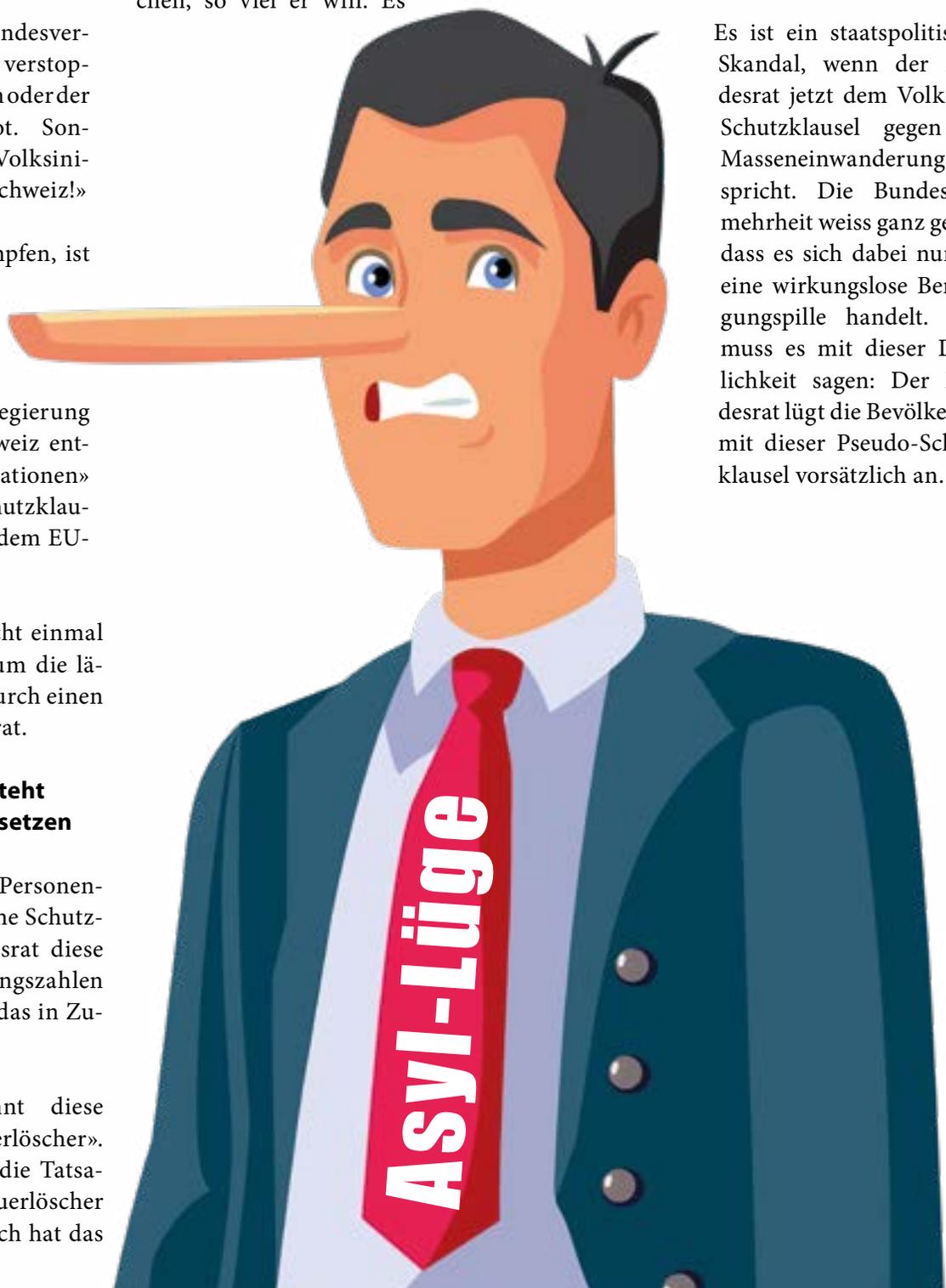
Bundesgericht in einem Leiturteil 2015 festgehalten, dass die Personenfreizügigkeit als völkerrechtlicher Vertrag generell über den Bundesgesetzen steht.

Bundesrat Beat Jans kann also Gesetze gegen die EU-Zuwanderung versprechen, so viel er will. Es

muss nur jemand vor Bundesgericht klagen und die gesamte Schutzklausel-Konstruktion fällt wie ein Kartenhaus zusammen.

Bundesrat täuscht Schweizer Bevölkerung vorsätzlich

Es ist ein staatspolitischer Skandal, wenn der Bundesrat jetzt dem Volk eine Schutzklausel gegen die Masseneinwanderung verspricht. Die Bundesratsmehrheit weiss ganz genau, dass es sich dabei nur um eine wirkungslose Beruhigungsspiel handelt. Man muss es mit dieser Deutlichkeit sagen: Der Bundesrat lügt die Bevölkerung mit dieser Pseudo-Schutzklausel vorsätzlich an.



«Bern» als Asyl-Reisebüro?

Trotz zehntausendfachem Asylmissbrauch durch ungeschützte Grenzen will der Bundesrat nun auch noch Tausende von «Flüchtlingen» direkt einfliegen. Gaht's no?



Von Andreas Glamer,
Nationalrat,
Oberwil-Lieli (AG)

Sie kommen in Scharen, übertreten illegal unsere Grenzen und brauchen mit dem Wort «Asyl» nur vier Buchstaben zu können – dann ist ihnen das Paradies auf sicher. Die Gemeinden und Kantone ächzen ob der Last der ihnen durch die illegale Migration aufgebürdeten Kosten und Probleme.

Gefängnisse sind überlastet. Hier heisst «multikulturell» leider oft «multikriminell».

Wussten Sie, dass früher oder später die meisten «vorläufig Aufgenommenen» dann doch den Status B erhalten und somit hier bleiben können? Schlimm genug – aber von den aktuell 67'132 mit dem Status B belohnten Asylanten arbeiten nur 16'477 – die anderen 50'655 liegen uns direkt oder indirekt auf der Tasche ...

Keine Direktimporte von Asylanten

Und statt diesen massiven Missbrauch unseres Systems und die damit zusammenhängenden Folgen endlich durch wirksame Grenzkontrollen zu stoppen, will der Bundesrat noch bei sogenannten «Resettlement-Programmen» mitmachen. Er will also nebst der Asylantenflut gleich noch Tausende direkt einfliegen.



Unser Schulsystem bricht zusammen. Es wird kein Wissen mehr vermittelt, sondern man versucht, die Multikulturalität zu meistern. Das Gesundheitswesen wird unbezahlbar. Unsere jungen Frauen und Mütter müssen Schutz suchen vor den angeblich «Schutzsuchenden». Das Asylunwesen verursacht Kosten von über 11 Milliarden Franken jährlich. Polizeikorps, Gerichte und

« Sie kommen in Scharen,
übertreten illegal unsere
Grenzen und brauchen mit
dem Wort «Asyl» nur vier
Buchstaben zu können – dann
ist ihnen das Paradies auf
sicher. »

Man könnte ja noch darüber sprechen, besonders hilfsbedürftigen Menschen direkt Asyl zu gewähren. Aber das kommt genau solange nicht in Frage, wie der Bundesrat nicht bereit ist, unsere Grenzen endlich wirksam zu schützen. Solange das Tor zur Schweiz sperrangelweit offen ist, darf es keine zusätzliche «Direktimporte» geben! Die Gutmütigkeit der Schweizerinnen und Schweizer ist erschöpft!

Wer die Schweizer Sicherheit stärken will, muss sich zur bewaffneten Neutralität bekennen.



Bildquelle: VBS

Die Schweiz braucht eine starke Armee und eine glaubwürdige Sicherheitspolitik. Die SVP erwartet vom neuen VBS-Chef ein klares Bekenntnis zur bewaffneten Neutralität.



Von Pirmin Schwander,
Ständerat, Lachen (SZ)

Die Sicherheitslage der Schweiz ist besorgniserregend. Innere und äussere Bedrohungen haben stark zugenommen.

Umso unverständlicher ist der Entscheid der ausserpolitischen Kommission des Ständerates: Diese hat die Neutralitätsinitiative deutlich abgelehnt. **Dabei ist die bewaffnete und immerwährende Neutralität der Schweiz der beste Schutz unseres Landes.** Sie sorgt dafür, dass ein Feind die Schweiz nicht angreift. Mindestens

so wichtig ist, dass sich unsere politischen Eliten nicht in fremde Konflikte einmischen dürfen. Die Neutralitätsinitiative schiebt hier den dringend nötigen Riegel.

Der **aussenpolitische Slalomlauf des Bundesrates** rund um den Ukraine-Krieg und die uneingeschränkte Übernahme der EU-Sanktionen hat der Schweizer Neutralität schwer geschadet. Unser Land wird als parteiisch wahrgenommen und nicht mehr von allen Konfliktparteien als Vermittlerin akzeptiert.

Widersprüchliche Signale von Bundesrat Pfister

Die SVP begrüsst, dass der neue VBS-Vorsteher Martin Pfister wieder die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz ins Zentrum rückt. Dafür braucht es nicht

nur die nötigen finanziellen Mittel, sondern auch eine **glaubwürdige Ausrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik**: Die wichtigste Sicherheitsgarantie für die Schweiz ist die bewaffnete Neutralität.

Bundesrat Pfister verbreitet allerdings widersprüchliche Signale. Er spricht nebulös von einer «intensiveren Zusammenarbeit» mit der NATO und der EU, die jedoch «stets in Vereinbarkeit mit der Neutralität» sein soll.

Damit der Verweis auf die Neutralität nicht eine **leere Worthülse** bleibt, muss sich der neue VBS-Chef aber klar von internationalen Militärbündnissen abgrenzen und sich zur bewaffneten Neutralität bekennen. Wer das nicht tut, zieht die Schweiz grobfahrlässig in fremde Konflikte.

Die SVP fordert: Sofortiger Asyl-Stopp an allen Schweizer Grenzen!



Der neue deutsche Innenminister hat kurz nach Amtsantritt einen Asyl-Stopp an den Grenzen angeordnet. Seither werden Asylmigranten zurückgewiesen. Statt den Deutschen für den wegweisenden Schritt zu danken, fliegt Bundesrat Jans auf Staatskosten nach Berlin, um sie zu kritisieren.



Von Pascal Schmid,
Nationalrat,
Weinfelden (TG)

jetzt macht: Wer über sichere Drittstaaten in die Schweiz kommt, wird an der Grenze zurückgewiesen. Im März 2025 wurde er in beiden Kammern versenkt: von SP, Grünen, GLP, der Mitte und einer FDP-Minderheit.

Importierte Kriminalität, chaotische Zustände in Grossstädten und unzählige Messerattacken (unglaubliche 29'000 Vorfälle im letzten Jahr): Angesichts dieser Zustände ist der deutsche Schritt völlig verständlich.

Doch was tut unser Asyl-Bundesrat Jans? Er ermahnt die Deutschen, sich ans gescheiterte Schengen/Dublin-System zu halten und fliegt Asylmigranten per «Resettlement» noch direkt aus muslimischen Problemstaaten ein. Diese Fehlentscheide verursachen ein noch grösseres Asylchaos. Dabei sind die Kantone und Gemeinden schon jetzt am Anschlag.

Ein SVP-Vorstoss vom Dezember 2024 forderte genau das, was Deutschland

Aufwachen, Herr Jans!

Die jüngsten Entwicklungen geben der SVP recht: Offene Grenzen und unkontrollierte Migrationsströme sind kein Naturgesetz – sondern der Larifari-Asylpolitik von Mitte-links geschuldet. Dass unsere Bevölkerung darunter leidet, spielt für die selbsternannten Gutmenschen keine Rolle: Mehr Kriminalität, mehr Kosten, zunehmend fremd im eigenen Land – was soll's?

Stoppen wir endlich den freien Personenverkehr für Illegale, Kriminaltouristen und Desperados aus aller Welt! Lassen wir die Grenzschutz wieder ihre Arbeit machen: Unsere Grenzen schützen statt Asyltouristen aus sicheren Drittstaaten willkommen heissen!

Keine Ausreden mehr, Herr Bundesrat Jans!

Die SVP hat den Weg vorgezeigt: Grenzen schützen, Rückweisungen an den Grenzen und vor allem: **Aufwachen!**

Ihre Willkommens-Asylpolitik schadet unserer Bevölkerung und unserem Land!

Doppelt gemoppelt: **NEIN** zur Individualbesteuerung!

Die Heiratsstrafe gehört zwar endlich abgeschafft – aber nicht so. Die Individualbesteuerung ist extrem kompliziert und bestraft den Mittelstand – dieser müsste massiv mehr bezahlen.



Von Vroni Thalmann-Bieri,
Nationalrätin,
Flüeli (LU)

Auch ich bin für die Abschaffung der Heiratsstrafe. Aber sicher nicht mit einem derart grossen Bürokratiemonster. Neu müsste jede Person eine eigene Steuererklärung ausfüllen, auch wenn man verheiratet ist. **Das kann nicht das Ziel sein.**

Ein Paar, eine Familie hat normalerweise eine gemeinsame Haushaltskasse, eine Wohnung, ein Haus oder einen Bauernbetrieb, ein KMU und nun sollen sie je eine eigene Steuererklärung ausfüllen müssen. Es ist noch nicht lange her, da wurde vehement für die «Ehe-für-alle» gekämpft – und nun straft man genau dieselben Paare/Familien wieder ab und nötigt sie zu zwei Steuerklärungen.

Die Profiteure sind die Bürokraten! Die Steuerämter werden mehr Angestellte brauchen. **Denn sie müssen zusätzlich 1,7 Millionen Steuer-Dossiers bewirtschaften und kontrollieren!**

Steuerberater verdienen ihr Geld nun sogar doppelt, weil sie ihre Arbeit doppelt machen müssen.

Masslose und teure Steuerbürokratie für alle

Die Kantone müssen ganze Systeme zum Ausrechnen der Prämienverbil-

ligungen, Ergänzungsleistungen anpassen. Auch bei den Stipendien für Studenten wird es mehr Bürokratie auslösen, weil die Eltern auch miteinbezogen werden. Es wird sich niemand mehr zurechtfinden im ganzen Finanzdschungel.

Vergessen Sie nicht, dass dieser ganze bürokratische Aufwand mit **Steuer-geldern finanziert** wird. Und das betrifft wieder Sie: Der Mittelstand muss diese Steuern blechen. Für mich ist das alles doppelt gemoppelt.

Darum verschliessen Sie die Augen nicht und sehen Sie genau hin, **welch grosse Nachteile dieses Modell bei Paaren und Familien bringt.** Allein-

stehende merken es dann, wenn die erste Steuerrechnung kommt, weil alles teurer wird bei den kantonalen Personalkosten.

Bekämpfen Sie mit einem NEIN diese masslose Steuerbürokratie-Initiative.



Wie behauptet sich die Schweiz im internationalen Umfeld? Die EU-Auslieferung wäre jetzt besonders fatal

Der EU-Unterwerfungsvertrag ist ein Abbauprogramm für unsere Freiheit und unseren Wohlstand. Die Gesetzesflut aus Brüssel ersetzt das Schweizer Recht und gilt dann im Inland und für uns alle gleichermassen.



Von Magdalena Martullo-Blocher, Nationalrätin, Lenzerheide (GR) und Meilen (ZH)

Die Schweiz ist ein Land ohne Bodenschätze, mit kleinem Heimmarkt und schwierigem Gelände. Trotzdem zählen wir heute zu den reichsten und innovativsten Ländern der Welt. Warum? Weil wir früh industriell aufblühten, die Wasserkraft nutzten, exportierten und in Bildung investierten.

Während sich andere Länder auf ihren grossen Heimmarkt verliessen, musste die Schweiz schon immer schlauer, schneller und besser sein. Damit behauptete sie sich als neutrale, unabhängige Handels- und Industrienation. Wir gehören keinem Machtblock an. Besonnen pflegen wir gute Beziehungen mit allen, auch mit den Grossmächten USA und China.

Wir verfügen über ein Netz von 34 Freihandelsabkommen mit 44 Partnern. Mit Indien, Thailand und Malaysia sind weitere geplant. Die EU, die USA und China haben das nicht. Die USA informierten in Genf, dass die Schweiz das nächste Land für einen «Deal» sei. China will das bestehende Freihandelsabkommen mit der Schweiz modernisieren. Wir müssen diese Chancen nun schnell und gut nutzen!

Nicht einmal Trump stellt solche Forderungen

Während die Schweiz aus einer Position der Unabhängigkeit und Stär-

ke handeln kann, ist die EU schon mit sich selbst überfordert und versinkt in Bürokratie, Schulden und politischen Krisen. Mit ihren belehrenden Auftritten stösst sie die Welt vor den Kopf. Trotzdem wollen nun bei uns ängstliche Politiker und Verbandsbürokraten unter den vermeintlich sichereren EU-Schutzschirm schlüpfen. Dieser entpuppt sich aber als Knüppel-Sack voller Vorschriften, Abhängigkeiten und Strafen!

Nur Brüssel kommt auf die Idee, den gemeinsamen Handel mit einer Blanko-Gesetzesübernahme und Strafen zu verknüpfen. Nicht einmal Donald Trump hat je so etwas gefordert! Die Innovationskraft unserer Unternehmen würde erstickt, unsere Landwirtschaft in den Abgrund reguliert und unsere Wasserkraft müsste im Dienst der EU produzieren. Der Unterwerfungsvertrag würde der Unabhängigkeit und dem Schweizer Erfolgsweg ein Ende setzen. Und für all das sollen wir noch Milliarden nach Brüssel überweisen!

EU hat ihre beste Zeit längst hinter sich

Der grösste Fehler wäre es, gerade jetzt noch unsere Selbstbestimmung aufzugeben und uns ausgerechnet jenem Block zu unterwerfen, der seine besten Zeiten längst hinter sich hat. Wir brauchen keine europäischen Kolonialherren und Richter. Wir brauchen Mut zur weiteren Eigenständigkeit. So bleiben wir innovativ, wohlhabend und frei.



Der EU-Unterwerfungsvertrag benötigt Volks- und Ständemehr

Es ist ein ungeheurerlicher Vorgang: Die direkte Demokratie der Schweiz soll ausgehebelt und dem Schweizer Stimmbürger das Stimmrecht entzogen werden. Die SVP ist die einzige Partei, die hier entschieden Widerstand leistet!



Von Thomas Aeschi,
Nationalrat und
SVP-Fraktionspräsident,
Baar (ZG)

Am 30. April 2025 kämpften die beiden SVP-Bundesräte Guy Parmelin und Albert Rösti zusammen mit Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter dafür, dass der EU-Unterwerfungsvertrag neben dem Volks- auch die Zustimmung der Kantone benötigt (Ständemehr).

Mit einer knappen 4:3 Mehrheit wurden sie jedoch von den beiden SP-Bundesräten Beat Jans und Elisabeth Baume-Schneider, von FDP-Bundesrat Ignazio Cassis und vom Mitte-Bundesrat Martin Pfister überstimmt. An der Pressekonferenz gab Bundesrat Ignazio Cassis offen zu, dass die Bundesratsmitglieder

gemäss ihren persönlichen politischen Präferenzen entschieden hätten.

Sehr ähnlich verlief die Bundesrats-sitzung vom 7. Juni 2004: Der damalige Vorsteher des Justizdepartements, Christoph Blocher, wollte eine obligatorische Volksabstimmung für das Schengen/Dublin-Abkommen. Auch damals hebelte die EU-Turbo-Fraktion im Bundesrat unsere direkte Demokratie aus.

Aus Sicht der SVP ist es unabdingbar, dass der EU-Unterwerfungsver-

trag **zwingend dem Volks- und dem Ständemehr unterstellt wird.** Dieser Vertrag hat enorme Konsequenzen für unser ganzes politisches System:

Die Schweiz würde sich verpflichten, alle seit 1999 (Bilaterale I) durch den EU-Gerichtshof gefällten Urteile, sowie alle zukünftigen EuGH-Urteile anzuwenden. Zudem müssen wir alle neuen EU-Gesetze und EU-Verordnungen übernehmen.

Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag sind in der Schweiz keine freien Abstimmungen mehr möglich. Denn sollte es das Volk wagen, in einem Referendum die Übernahme von neuem EU-Recht abzulehnen, wäre die EU mit dem Unterwerfungsvertrag ermächtigt, **uns für unser «falsches» Abstimmungsverhalten bestrafen zu dürfen.** Solche kolonialen Bestimmungen sind eines souveränen Staates unwürdig!



**NEUE
FOLGE**
svp.ch/ddd

Jetzt anschauen:



Blatten statt Bangladesch

Jetzt Schweizer Opfern helfen statt Milliarden ins Ausland verschenken!



Frischer,
Schweizer Knoblauch
auf dem Grill – eine Delikatesse.



Preis je Stück 1.40 CHF | Gewicht: ca. 80-100gr. pro Stück

Bestellen Sie mit Vermerk «Klartext» und erhalten Sie 2 Stk. gratis!

Versandkosten: bis 1.8 kg, 10.50 CHF / bis 9.8 kg, 13.00 CHF /
bis 29.8kg, 22.00 CHF (Verpackung ca. 200gr.)
Versand jeweils am Dienstag.

Schweizer Knoblauch | CH-8586 Buchackern | T. 079 341 05 02
info@schweizer-knoblauch.ch | schweizer-knoblauch.ch

Erhalten Sie wichtige SVP-News direkt per WhatsApp

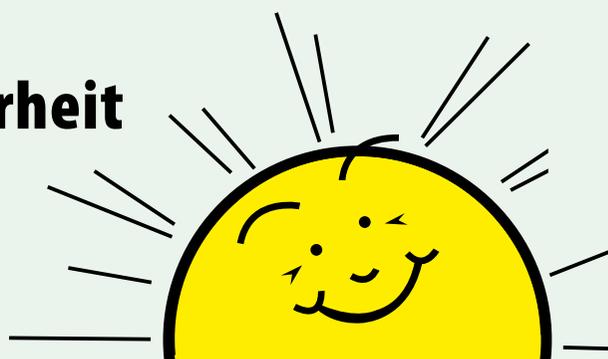
Registrieren Sie sich in wenigen Schritten:

1. Speichern Sie unsere
Nummer 079 470 12 91
unter SVP Schweiz ab.
2. Schicken Sie uns die Nachricht
«START» – und es kann losgehen!



svp.ch/mitmachen/spenden

Unterstützen Sie die SVP im Kampf für Freiheit und Sicherheit mit einer Spende!



Digitalisierung mit Augenmass

Braucht es ein Handy-Verbot an Schulen?



Social Media und Handykonsum haben nicht nur positive Auswirkungen. Im Schnitt verbringen Kinder und Jugendliche 32 Stunden pro Woche im digitalen Raum. Dies ist beängstigend hoch.



Von Nina Fehr Düsel,
Nationalrätin,
Küssnacht (ZH)

Im Kanton Nidwalden zieht man Konsequenzen: **Die neuen Regeln verbieten die private Nutzung elektronischer Geräte auf dem Schulgelände.** Nur im Notfall oder bei ausdrücklicher Erlaubnis durch die Lehrperson dürfen sie eingesetzt werden. Damit soll nicht nur der Unterricht störungsfreier, sondern auch das Miteinander gefördert werden. Denn die Radikalisierung / Bubble-Wirkung wird durch den Konsum von Social Media Platt-

formen gefördert, die sogar in Jugendkriminalität ausufern können.

Andere Kantone folgen diesem Beispiel: So gibt es auch in Luzern, Obwalden, Zug und Aargau ein teilweises Handyverbot und mehr Eigenverantwortung an der Volksschule. Viele Vorstösse dazu wurden von SVP-Politikern eingereicht, so auch in Zürich.

Vor allem im Kindergarten und in der Unterstufe sollte zudem **die Digitalisierung im Unterricht nicht weiter vorangetrieben werden.** Die Kinder müssen schreiben lernen, lesen und rechnen. Es

ist sinnvoller in diesem Alter analog zu arbeiten, mit Büchern und Arbeitsblättern. Auch viele nördliche Länder sind bereits wieder zu-

rückhaltender mit dem Gebrauch von Tablets an den Schulen.

Erziehung zu Hause – Prävention in der Schule

Themen wie Datenschutz oder sichere Internetnutzung sollen altersgerecht vermittelt werden. Erziehung ist primär Aufgabe der Eltern, aber auch gesetzliche Rahmenbedingungen können helfen. **Gerade bei ausländischen Eltern sind Limiten beim digitalen Konsum oft zu wenig ein Thema.**

Im Kanton Aargau sprach SVP-Regierungsrätin Martina Bircher von «Tablet Kindern», die zu Hause kaum mehr mit den Eltern kommunizieren. Dies sind erschreckende Entwicklungen.

Ein Handyverbot an den Schulen mit Augenmass hilft, und viele Eltern sind dankbar dafür. Mehr Eigenverantwortung, aber auch Leitplanken helfen.

« Ein Handyverbot an den Schulen mit Augenmass hilft, und viele Eltern sind dankbar dafür. Mehr Eigenverantwortung, aber auch Leitplanken helfen. »



PEUGEOT

DER NEUE E-5008

100% ELECTRIC



GEBAUT FÜR DIE GRANDE NATION: DIE SCHWEIZ.

- 7 komfortable Sitze
- Bis zu 708 km Reichweite*
- Panoramic i-Cockpit® mit 21-Zoll-HD-Panoramabildschirm

Abgebildetes Modell: Neuer E-5008 GT Long Range, Elektromotor 230 PS, kombinierte CO₂-Emissionen (WLTP): 0 g/km, kombinierter Verbrauch (WLTP): 22,1 kWh/100 km, Energieeffizienzklasse: D. *Neuer PEUGEOT E-5008 230 PS «Long Range» mit bis zu 708 km Reichweite bald verfügbar. Maximale elektrische Reichweite im kombinierten WLTP Zyklus. Symbolfoto.



Die absurde Geister-Steuer gehört abgeschafft!



Am 28. September stimmen wir über die Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung ab. Es ist höchste Zeit, diese absurde Ungerechtigkeit zu beseitigen.



Von Markus Schnyder,
Nationalrat,
Netstal (GL)

Es gibt wohl keine andere Steuer, die so schwer zu erklären ist, wie die Besteuerung der Eigenmiete. Es ist zwar bekannt, dass gewisse Politikerkreise sehr kreativ sind, wenn es darum geht, Herrn und Frau Schweizer ihr hart erarbeitetes Geld aus der Tasche zu ziehen.

Die Besteuerung der Eigenmiete lässt mich aber dennoch immer wieder stauen, gerade wenn ich diese in meiner

beruflichen Tätigkeit zu erklären versuche. Wird da tatsächlich etwas besteuert, das es gar nicht gibt? In der Tat, die zur Berechnung der Steuer angenommene Eigenmiete ist eine fiktive – also erfundene – Annahme. Nicht aber die Steuer, die ist ganz real und wird jedes Jahr erhoben. Wohneigentümer, welche Wohneigentum selbst bewohnen, be-rappen so jedes Jahr rund 2 Milliarden Franken Steuern zu viel.

Zur Abstimmungsfrage

Die Abstimmungsfrage bezieht sich nicht direkt auf den Eigenmietwert, sondern auf die Möglichkeit zur Schaffung einer kantonalen Objektsteuer für Zweitwohnungen. Damit sollen Steuerausfälle bei Kantonen mit hohem Zweitwohnungsbestand kompensiert werden können.

Dieser Bundesbeschluss ist mit dem Bundesgesetz zum Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung gekoppelt. Wird er von Volk und Ständen angenommen, tritt der Systemwechsel automatisch in Kraft. Somit entfällt die Eigenmiete und mit ihr gewisse Abzugsmöglichkeiten. Ausnahmen bilden dabei befristete Schuldzinsabzüge für junge Familien, welche erstmalig Wohneigentum erwerben, sowie Abzüge für energetische Sanierungen, welche im Kompetenzbereich der Kantone liegen.

Goethe sagte einst «*die Geister, die ich rief, werd' ich nun nicht los*». Die Geistersteuer namens Eigenmietwert können wir am 28. September jedoch gestrost abschaffen.



Nachhaltigkeits-Initiative: Schluss mit der Masseneinwanderung

Die Schweiz leidet unter der unkontrollierten Zuwanderung. Die SVP will mit ihrer Initiative das Bevölkerungswachstum bis 2050 auf unter 10 Millionen begrenzen, damit unsere Heimat auch in Zukunft lebenswert bleibt.



Von Mike Egger,
Nationalrat,
Berneck (SG)

Die unkontrollierte Massenzuwanderung wird für die Schweiz zu einer immer grösseren Belastung. Seit dem Jahr 2000 ist unser Land um 1,8 Millionen Einwohner gewachsen, davon 80 % durch die Zuwanderung. Der Wohnraum wird immer knapper und teurer. Die Stautunden auf den Strassen haben sich mehr als versechsfacht. Natur und Infrastruktur geraten unter Druck und der Dichtestress belastet die Bevölkerung zunehmend.

Die Nachhaltigkeits-Initiative setzt hier als Notbremse an. Sie verpflichtet Bundesrat und Parlament, bei einem Schwellenwert von 9,5 Millionen Einwohnern konkrete Massnahmen zu ergreifen. Wird die 10-Millionen-Grenze bis 2050 dennoch erreicht und ist keine Einigung mit der EU über wirksame Einschränkungen möglich, muss das Personenfreizügigkeitsabkommen gekündigt werden.

Auch für den Asylbereich sieht die Initiative Beschränkungen vor, zumal seit 2000 in der Schweiz über eine halbe Million Asylgesuche gestellt wurden. Dieser massive Zustrom und die damit zusammenhängende gestiegene Kriminalität wird von offizieller Seite systematisch verharmlost.

Die von Bundesrat Beat Jans gepriesene «Schutzklausel» im EU-Unterwerfungsvertrag ist ein Bluff. Was er als «Feuerlöscher» gegen die überbordende Zuwanderung verkauft, ist in Wahrheit eine politische Nebelpetarde. Statt zu handeln, täuscht Jans einmal mehr Aktivität vor. Bereits jetzt enthält das Abkommen über die Personenfreizügigkeit eine Schutzklausel. Diese wurde aber nie angewendet. Warum sollte der Bundesrat dies in Zukunft tun, zumal mit dem Europäischen Gerichtshof neu eine weitere Instanz einbezogen wird?

Nur die SVP-Initiative bietet eine echte Lösung gegen die Masseneinwanderung. Damit können wir gewährleisten, dass die Lebensqualität in unserem Land auch in Zukunft nachhaltig gesichert wird.

NEUER CITROËN C3 AIRCROSS

AB CHF

18'990.-

0,99% LEASING

**7-SITZER-SUV ALS ELEKTRO,
HYBRID UND BENZINER**



CITROËN

citroen.ch



Angebot gültig für den Kauf vom 01.06.2025 bis 30.06.2025, Angebot gültig für Privatkunden nur bei den an der Aktion beteiligten Händlern. Empfohlener Verkaufspreis inkl. MwSt. NEW C3 AIRCROSS 1.2 Turbo 100 YOU CHF 18'990.-, kombinierter Verbrauch 6.8 l/100 km; CO₂-Emission 153 g/km; Treibstoffverbrauchs-kategorie F. Abgebildetes Modell mit Optionen: NEW C3 AIRCROSS 1.2 Turbo 100 MAX CHF 28'640.-. Garantie 5 Jahre/100'000 km (was zuerst eintritt) geschenkt. Symbolfoto. AC Automobile Schweiz AG behält sich das Recht vor, die technischen Daten, die Ausstattungen und die Preise ohne Vorankündigung zu ändern. Die angegebenen Energiewerte entsprechen dem WLTP-Standard. 7 Sitze optional erhältlich für die Benzin- und Hybridversion, nicht erhältlich für die Elektroverson. Leasingbeispiel: NEW C3 AIRCROSS 1.2 Turbo 100 YOU Katalogpreis CHF 18'990.-, Sonderzahlung CHF 4'069.-, Leasingrate CHF 159.- pro Monat inkl. MwSt., Rücknahmewert CHF 8'699.-, effektiver Jahreszins 1.04%, Leasingdauer 36 Monate. Kilometerleistung 10'000 km/Jahr. Angebot nur in Verbindung mit dem Abschluss einer Ratenversicherung (Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit) SECURE4you+ für CHF 7.05. Leasingkonditionen unter Vorbehalt der Akzeptanz durch Santander Consumer Finance Schweiz AG, Schlieren. Obligatorische Vollkaskoversicherung nicht inbegriffen. Der Abschluss eines Leasingvertrags ist unzulässig, sofern er zur Überschuldung des Leasingnehmers führt. Leasingbeispiel für eine Privatperson.

5 JAHRE
CITROËN
GARANTIE

GOAL GLOSSAR

 **Kampagne**

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt:
Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner?
Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat,
wird erfolgreiche Kampagnen führen können!
Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

Nicola Tinner, Geschäftsführer
Alexander Segert, Agenturinhaber
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Besuchen Sie einen 1.-August-Anlass

Hier treten unsere National- und Ständeräte, Regierungsräte und Bundesräte auf

Bundesräte Albert Röstli und Guy Parmelin sowie alt Bundesrat Ueli Maurer

Bundesrat Albert Röstli

31.07.2025	16:00 Uhr	Basse-Vendline (JU)
31.07.2025	19:00 Uhr	Luzern beim KKL
01.08.2025	10:00-12:30 Uhr	Ansprache in Goms (Dorfplatz Münster)
01.08.2025	13:00-15:00 Uhr	Ansprache in Pierraforttscha («La carrière»)
01.08.2025	16:30-18:30 Uhr	Ansprache in Les Planchettes («au Pavillon»)
01.08.2025	20:00-22:00 Uhr	Ansprache beider SVP BL, Berghaus Oberbölichen, 4458 Eptingen

Bundesrat Guy Parmelin

31.07.2025	17:00-22:00 Uhr	Place du Petit Pont, 1926 Fully VS, Ansprache Bundesrat Parmelin um 21:30 Uhr
------------	-----------------	---

Alt Bundesrat Ueli Maurer

01.08.2025	10:00-13:00 Uhr	Alp Schindelberg, 8638 Goldingen SG, Nur mit 2-stündigem Fussmarsch erreichbar, Keine Anmeldung, im Freien
------------	-----------------	---

Kanton Aarau

Regierungsrätin Martina Bircher

31.07.2025	19:00-21:00 Uhr	Holzhof der Gemeinde Dintikon, 5606 Dintikon
01.08.2025	20:00-22:00 Uhr	Schulhaus Wiliberg, 5058 Wiliberg
01.08.2025	13:00 Uhr	Forstwerkhof, 5732 Zetzwil

Nationalrat Andreas Glarner

31.07.2025	20:15 Uhr	Festzelt auf dem Schulhausplatz Festwirtschaft ab 18 Uhr Dorf, 4303 Kaiseraugst
------------	-----------	--

Regierungsrat Jean-Pierre Gallati

01.08.2025	09:30-13:00 Uhr	Schloss Lenzburg, 5600 Lenzburg
01.08.2025	14:00-16:00 Uhr	Solino – Wohnen im Alter, 5623 Boswil

Nationalrätin Stefanie Heimgartner

01.08.2025	18:00-22:30 Uhr	Schulanlage Brühl, 5412 Gebenstorf
------------	-----------------	------------------------------------

Nationalrat Christoph Riner

31.07.2025	19:00 Uhr	Mehrzweckhalle, 4853 Murgenthal AG
01.08.2025	11:00 Uhr	Brünnelchrüz, 5728 Gontenschwil AG
01.08.2025	19:00 Uhr	Beim Gemeindehaus/Schulhaus, 5112 Thalheim AG

Kanton Baselland

Nationalrat Thomas de Courten

01.08.2025	16:00 Uhr	Berggasthaus Oberbölichen, 4458 Eptingen
------------	-----------	---

Nationalrätin Sandra Sollberger

01.08.2025	16:00 Uhr	Berggasthaus Oberbölichen, 4458 Eptingen
------------	-----------	---

Kanton Bern

Nationalrat Thomas Knutti

01.08.2025	12:00 Uhr	Bahnhofstrasse, 3770 Zweisimmen
------------	-----------	---------------------------------

Nationalrätin Katja Riem

29.07.2025	20:00 Uhr	Schulhausplatz/Mehrzweckhalle, 3765 Oberwil im Simmental
01.08.2025	Nachmittag/Abend	zwischen Orientierungsschule und Pflegeheim, 3210 Kerzers

Nationalrat Hans Jörg Rüeeggger

01.08.2025	18:00 Uhr	Hornusserplatz Bernstrasse, 3114 Wichtrach
01.08.2025	20:00 Uhr	Schulanlage, 4912 Aarwangen

Ständerat Werner Salzmann

31.07.2025	19:00-21:00 Uhr	Mehrzweckhalle, 4932 Lotzwil
01.08.2025	15:30-18:30 Uhr	Alp Schüpfnen auf dem Jaunpass, 6102 Boltigen
01.08.2025	19:30-22:00 Uhr	Areal der Alexander Remund Farmwork AG, Schulstrasse 9, Ferenbalm, 3206 Rizenbach

Nationalrätin Nadja Umbricht

31.07.2025	19:00 Uhr	Bundesfeier Gemeinde, 3296 Arch
------------	-----------	---------------------------------

Kanton Solothurn

Nationalrat Rémy Wyssmann

01.08.2025	ab 10:00 Uhr	Mehrzweckhalle Neuendorf, 4623 Neuendorf SO
------------	--------------	--

Kanton Freiburg

Nationalrat Nicolas Kolly

01.08.2025	19:00 bis 21:00 Uhr	Ferme de Bertrand Jacquat, Chemin des Longs-Prés 11, 1730 Ecuvelles
------------	---------------------	--

Nationalrat Pierre-André Page

31.07.2025	19:30 Uhr	place du village, 1636 Broc
01.08.2025	20:00 Uhr	place du village, 1624 Le Cret

Nationalrätin Katja Riem

01.08.2025	Nachmittag/Abend	zwischen Orientierungsschule und Pflegeheim, 3210 Kerzers
------------	------------------	---

Kanton Luzern

Ständerat Werner Salzmann

01.08.2025	09:30-14:30 Uhr	organisiert durch die SVP Malters, 6102 Dorf
------------	-----------------	---

Nationalrat Thomas Aeschi

01.08.2025	10:30 Uhr	6102 Malters
------------	-----------	--------------

Kanton Schaffhausen

Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz Marcel Dettling

01.08.2025	10:30-12:30 Uhr	Kirchhofplatz, 8240 Thayngen
------------	-----------------	------------------------------

Nationalrat Martin Hübscher

01.08.2025	17:00-19:00 Uhr	Rummelen, 8215 Hallau
------------	-----------------	-----------------------

Kanton St. Gallen

Nationalrat Mike Egger

01.08.2025	20:00-20:45 Uhr	Festplatz Horn, 9326 Horn
------------	-----------------	---------------------------

Ständerätin Esther Friedli

31.07.2025	18:00 Uhr	BBC Gossau, Güterschuppen, 9200 Gossau, www.bbcgossau.ch
01.08.2025	20:00 Uhr	offizielle Feier Gemeinde Hemberg, Dorfplatz, 9633 Hemberg

Nationalrat Michael Götze

31.07.2025	20:00 Uhr	Mehrzweckhalle Tübach, Aachstrasse 6, 9327 Tübach
------------	-----------	--

Nationalrat Thomas Matter

01.08.2025	18:30 Uhr	Bauernhof Fam. Müller, Goldberg 108, 8716 Schmerikon, Anmeldung erforderlich
------------	-----------	---

Kanton Schwyz

Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz Marcel Dettling

01.08.2025	21:00 Uhr	beim Rebhaus in Watt, 8105 Regensdorf
------------	-----------	--

01.08.2025	um 19:00 Uhr	Watt, 8635 Dürnten ZH
------------	--------------	-----------------------

01.08.2025	10:30-12:30 Uhr	Kirchhofplatz, 8240 Thayngen
------------	-----------------	------------------------------

Die Liste mit den 1.-August-Anlässen
wird laufend aktualisiert und
Sie finden diese auf www.svp.ch

Kanton Graubünden

Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher

31.07.2025	ab 18:00 Uhr	Halla Crestas, 7154 Ruschein
------------	--------------	------------------------------

Nationalrat Roman Hug

01.08.2025	ab 17:00 Uhr	Piazza Comunale, 7742 Poschiavo
------------	--------------	---------------------------------

Kanton Thurgau

Regierungsrat Urs Martin

31.07.2025	20:00 Uhr	Sportplatz Waldegg, 9542 Münchwilen TG, Anmeldung erforderlich
01.08.2025	18:00 Uhr	beim alten Schützenhaus Wellhausen, 8552 Felben TG, Anmeldung erforderlich

Regierungsrätin Denise Neuweiler

31.07.2025	19:00 Uhr	Schulhaus Hoferberg, Wilen-Gottshaus, 9213 Hauptwil-Gottshaus
01.08.2025	11:00 Uhr	Auholzsaal Sulgen, 8583 Sulgen
01.08.2025	19:00 Uhr	Landungssteg Mammern, 8265 Mammern

Nationalrat Pascal Schmid

31.07.2025	19:00 Uhr	Auf dem freien Feld zwischen Uttwil und Kesswil, 8593 Kesswil
01.08.2025	19:00 Uhr	Schützenhaus, Berghofstrasse 18, 8535 Herdern

Kanton Zürich

Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz Marcel Dettling

01.08.2025	21:00 Uhr	beim Rebhaus in Watt, 8105 Regensdorf
01.08.2025	um 19:00 Uhr	Watt, 8635 Dürnten

Nationalrat Martin Hübscher

31.07.2025	19:00-20:00 Uhr	Areal Heiget-Huus, 8320 Fehraltorf, Fehraltorf – Sommerfest / Bundesfeier
01.08.2025	20:00-21:00 Uhr	Festzelt beim Schützenhaus, 8523 Hagenbuch, 1.-August Feier – Hagenbuch

Nationalrat Thomas Matter

01.08.2025	18:30 Uhr	Bauernhof Fam. Müller, Goldberg 108, 8716 Schmerikon, Anmeldung erforderlich
------------	-----------	---

Regierungsrätin Natalie Rickli

01.08.2025	10:00 Uhr	Begrüssungstrunk um 10 Uhr beim Münsterhof, 8001 Zürich. Die eigentliche Bundesfeier beginnt um 11 Uhr in der Stadthausanlage.
01.08.2025	18:00 Uhr	Hausen am Albis

Nationalrat Gregor Rutz

01.08.2025	19:00 Uhr	Gemeindesaal, Zur Mühle 4, 8926 Kappel am Albis
------------	-----------	--

Kanton Wallis

Regierungsrat Franz Ruppen

01.08.2025	18:30-20:30 Uhr	Platz beim Schloss, Leuk Stadt (VS)
------------	-----------------	--

Kanton Zug

Nationalrat Thomas Aeschi

01.08.2025	10:30 Uhr	6102 Malters
------------	-----------	--------------